



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

410 (13.9.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-193296](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-193296)

fallen eine Niederlage. Die Tagesordnung der Gewerkschaftsleitung wurde mit 591 245 gegen die der sozialistischen Parteileitung mit 409 569 Stimmen angenommen. Die Parteileitung hatte sofortige Ausdehnung der Befehle der Fabriken auf alle Industrien und den sofortigen Eintritt in die soziale Revolution mit allen Mitteln verlangt. Die Gewerkschaftsleitung dagegen will den Kampf vorläufig auf den Konflikt in der Metallindustrie mit Unterstützung der übrigen Arbeiter und der sozialistischen Partei beschränken und fordert zu diesem Zweck das Kontrollrecht der Gewerkschaften über die Betriebe als ersten Schritt der Sozialisierung. Die weitere Leitung der Bewegung geht nunmehr an die Zentralleitung der Gewerkschaften über, während die sozialistische Partei ihre Unterstützung zusagte. Die sozialistischen Parlamentsgruppen fordern von der Regierung die sofortige Einberufung des Reichstags. Inzwischen wurden gestern mehrere zahlreiche Fabriken, namentlich Gerbereien in Turin von Arbeitern besetzt. „Corriere della Sera“ befragt die Unzufriedenheit der Regierung, welche zuließe, daß 500 Delegierte aus ganz Italien mit aller Ruhe die Frage erörtern könnten, ob sofort die Revolution erklärt werden sollte oder nicht.

Halle und Hamburg für Moskau.

In der Unabhängigen Sozialdemokratie hat sich die Organisation Halle für den Anschluß an die Dritte Internationale ausgesprochen. Am Donnerstag wurde folgende Entschliessung angenommen:

Die halle'sche Parteimitgliedschaft der U. S. D. erklärt sich erneut für den unverzüglichen direkten Anschluß der Partei an die Dritte Internationale. Sie erkennt die auf dem zweiten Moskauer Weltkongreß aufgestellten politischen Beschlüsse als ihre ureigensten Anschauungen über den notwendigen Fortgang der sozialen Revolution aller kapitalistischen Länder an. Die formalen Aufnahmebedingungen sind deshalb keine Hemmung sondern eine Förderung unserer Bestrebungen zum Ausbau unserer Partei zur führenden Kampforganisation des deutschen Proletariats. Die dazu für deutsche Verhältnisse notwendigen und möglichen Organisationsmaßnahmen schnellstens zu ergreifen, ist die vornehmste Aufgabe des Parteitag, von dem die halle'sche Parteimitgliedschaft den Beitritt zur Dritten kommunistischen Internationale erwartet.

Das unabhängige „Volkblatt“ in Halle bringt zu dieser Entscheidung folgende einleitenden Worte: „Mögen diejenigen, die nicht mitmachen wollen, ihre Straße ziehen. Die kommunistische Massenpartei wird leben und ihre historische Rolle spielen.“ Eine Resolution des Abg. Kunert, der in seiner Rede mehrfach als Verräter beschimpft war, wurde abgelehnt, sie trat nur für den Anschluß an die Dritte Internationale ein, wenn diese die parteipolitische Selbständigkeit der Unabhängigen Partei garantiert, und verlangt, daß die Bezirke sich der Entscheidung des Parteitages unterstellen sollen.

In Hamburg wurde in einer Mitgliederversammlung der Unabhängigen am Donnerstag eine Resolution des Vorstandes angenommen, in der unter harten Angriffen gegen die unentschiedenen Führer der Anschluß an Moskau und die Annahme der Bedingungen ausgesprochen wurde. In der Diskussion sagte Bogtherr, daß er zwar ebenfalls für Sowjetrußland sei, es aber für feige und unehrlich hielt, nicht auszusprechen, daß man diese Bedingungen nicht annehme dürfe. Daraufhin wurde Bogtherr niedergebriht. Der frühere Führer der Hamburger U. S. P. Bergmann, der seinerzeit mit elf anderen das Mandat zur Bürgerchaft wegen ungenügendem Radikalismus hatte niederlegen müssen, wurde gleichfalls niedergebriht, als er den Versuch machte, den am Vorstandssitz sitzenden Wilhelm Herzog zu kritisieren. Als er sah, daß er nicht durchdringen konnte, schloß Bergmann seine Rede mit den Worten: „Ihr habt für die hohen Ideale der Menschheit kein Interesse mehr. Ihr gebt nicht mehr das Recht der freien Rede. Bei Philippi sehen wir uns wieder.“

Regierung und Sozialdemokratie.

□ Berlin, 13. Septbr. (Von unserem Berliner Büro.) Einen für gewisse Stimmungen innerhalb der Mehrheitssozialdemokratie, die auf den Wiedereintritt der Partei in die Regierung drängen, bemerkenswerten Verlauf nahm der gestrige außerordentliche Bezirkstag der SPD. für Groß-Berlin, der zu dem bevorstehenden Parteitag und zur Frauontferenz Stellung nehmen sollte. Der erste Referent P. e. g. l. betonte, daß der Parteitag grundlegend sein müsse für die weitere Politik der Partei. Der Referent erklärte, daß er jetzt nicht nachprüfen wolle, ob der Austritt der Sozialdemokraten aus der Regierung richtig war. Die Partei habe sich damals in einer Zwangslage befunden und konnte nicht anders handeln. Es seien aber jetzt Erscheinungen zu bemerken, die die Frage nötig machten, ob die Partei weiter zusehen dürfe, wie ihr Position um Position verloren gehe. Wenn es richtig sei, daß ohne die Sozialdemokratie nicht regiert werden könne, so müsse die Sozialdemokratie wieder in die Regierung. (Zuruf: Aber nicht mit der Deutschen Volkspartei!) Mit dem ehrlichen Bürgergemut können wir zusammenarbeiten. Die Partei muß wieder bereit sein, ihre Aufgaben in der Regierung zu erfüllen, wenn das Volk nicht nur arbeiten, sondern auch leben soll. Die Sozialdemokratie müsse sich mehr dem demokratischen Prinzip nähern und jede Diktatur ablehnen. Da die bürgerlichen Parteien Wert darauf legen, daß die Sozialdemokraten wieder in die Regierung eintreten, müsse sofort ein Aktionsprogramm aufgestellt werden und Demokraten und Zentrum müssten verpflichtet werden, sich für die Durchführung bestimmter Punkte dieses Programms einzusetzen.

Eduard Bernstein hielt das Ausscheiden der Partei aus der Regierung für richtig, nachdem er anfänglich, wie er erklärte, eine andere Stellung eingenommen hatte. Durch den Austritt aus der Regierung sei die Lage der Partei auch insofern besser geworden, als die Agitation der U.S.P. an Leidenschaftlichkeit verloren habe. Es dürfe nie vergessen werden, daß U.S.P. und SPD. zu einer großen Familie gehörten. Es könnten Verhältnisse eintreten, die die Sozialdemokratie bewegen könnten, wieder in die Regierung einzutreten, aber man werde sich nicht dazu drängen, da man sowieso als größte Fraktion des Reichstags einen beträchtlichen Teil der Verantwortung zu tragen habe. Von der Spaltung der U.S.P. erhofft Bernstein eine Annäherung des rechten Flügels der Partei an die Mehrheitssozialdemokratie. Nachdem Bernstein sich noch mit aller Schärfe gegen den Preiswucher auf dem Lebensmittelmarkt gemandt hatte und das Einschreiten gegen ihn als den wichtigsten Punkt der weiteren Politik bezeichnet hatte, wurden die Delegierten für den Parteitag gewählt.

Ein Gedenktag für die Gefallenen.

□ München, 13. Sept. (Priv. Tel.) Eine machtvoll erhebende Trauerkundgebung zu Ehren und zum Andenken der 13 000 im Weltkrieg gefallenen Münchener Kinder erlebte am gestrigen Sonntag München. Aus Anlaß des traurigen Gedenktages hatten alle öffentlichen, städtischen und

viele private Gebäude in schwarzen, bayerischen, städtischen und deutschen Farben Halbmaße geflaggt. Auch die Wagen der elektrischen Straßenbahn trugen Trauerwimpel. Der Betrieb auf dem gegenwärtig abgehaltenen Herbstfest war am Vormittag eingestellt und alle Konzerte und sonstigen Lustbarkeiten unterblieben. Gegen 9 Uhr vormittags versammelten sich im Hofgarten an die 100 Münchener Militär- und Kriegervereine, die Straßenbahner, Eisenbahner und sonstige Gruppen, sowie die gesamte Münchener Garnison und die Postgenossen zum Trauertage. Den Zug, in dem zahlreiche umfahrende Fahnen und Standarten getragen wurden, eröffneten berittene Schuppen in großer Paradeuniform, dann folgte das Militär, die Vertreter des Staates, der Stadt und Gemeindefürsorge, Offiziersvereinigungen und die Vereine. Ranz läpperten General, Offizier und ordnungsgemähten Kämpfer sah man in dem endlosen Zuge der an 30 000 Teilnehmer gehabt haben dürfte. Eine nach tausenden zählende Menschenmenge ließ den Zug in stiller Ehrfurcht passieren. Am Dome, in der protestantischen und israelitischen Kirche fanden Trauergottesdienste mit Festpredigt statt, denen auch die Hinterbliebenen der Gefallenen beiwohnten. Nach dem Gottesdienst bewegte sich der Zug zum Friedensdenkmal, wo am Fuße der Friedenssäule eine große Trauerzeremonie abgehalten wurde, in der neben einem riesigen Sängerkorps sämtliche in München befindlichen Militärkapellen teilnahmen. Unter den Anwesenden bemerkte man General Ludendorff, Prinz Ludwig Ferdinand, Prinz Alfons und den ehemaligen Kriegsminister Freiherrn von Kressenstein. Der Trauertag wurde eingeleitet durch einen Trauervortrag, dem eine ergreifende Ansprache des Bezirksobmannes des Kriegerverbandes aller Militärvereine folgte. Bei der Kranzniederlegung spielte die Musik das Gebet, die Glocken aller Kirchen läuteten und der Salut fiel. Unter den Kränzen befand sich auch ein großer Vorhertrau mit Widmung vom ehemaligen bayerischen Königshaus. Die Feier beendigte das allgemein gefungene Lied Deutschland über alles.

Die Kommunisten hatten sich natürlich wieder ganz besonders ausgezeichnet und beriefen für Sonntag vormittag 9 Uhr (also gerade in die Stunde der Trauertage) eine große öffentliche Versammlung ein, in der ein Herr Dr. Goldschmidt aus Berlin über Sowjetrußland sprach.

Der Reichstag des deutschen Handwerks.

III.

(Unter. Nachdr. verb.) sh. Jena, 9. Sept. Die heutige letzte Hauptversammlung des Reichsoberbandstages des deutschen Handwerks eröffnete der Vorsitzende, Kampfer-Obermeister Derken-Düffel mit der Bekanntgabe des Zusammenschlusses des gesamten deutschen Handwerks in dem Reichsoberband, der seinen Sitz in Hannover haben wird und der im Sinne der inzwischen gefassten Beschlüsse nur in der Pflanzungsbarkeit zu der Organisation des Handwerks das Heil des deutschen Handwerks und Gewerbes erblickt. (Beifall.)

Hierauf sprach an erster Stelle Reichstagsabg. Genossenschaftsanwalt Prof. Dr. Crüger-Charlottenburg über

„Sozialisierung und Kommunalisierung“

unter Vorlegung nachstehender Leitsätze:

1. Die Richtlinien der kommenden Wirtschaftsverfassung lassen sich noch nicht mit Sicherheit erkennen, es ist aber damit zu rechnen, daß dem Einfluß des Staates auch in der Einzelwirtschaft eine erhöhte Bedeutung zukommt.
2. Der Reichsoberband des deutschen Handwerks erklärt:
 - a) Grundlage des wirtschaftlichen Aufbaues muß die Selbstverwaltung der beteiligten Kreise sein; die freie Initiative und wirtschaftliche Freiheit des einzelnen Unternehmens darf daher nicht weiter beeinträchtigt werden, als Rücksicht auf die Allgemeinheit und die Durchführung der sozialen Gerechtigkeit es erforderlich machen.
 - b) Wie auch die Wirtschaftsverfassung gestaltet sein mag, es muß auf alle Fälle die Erhaltung des selbständigen gewerblichen Mittelstandes, die durch Artikel 164 der Verfassung gewährleistet ist, gesichert sein; dem Mittelstande ist bei der wirtschaftlichen Neuordnung eine entsprechende Mitwirkung zu sichern.
 - c) Sozialisierung und Kommunalisierung schließen für Handwerk und Gewerbe große Gefahren in sich. Sozialisierung und Kommunalisierung sind auf Unternehmungen mit monopolartigen Charakter zu beschränken und sind nur zulässig, wenn sie nicht nur gerechtere Verteilung der Erzeugnisse, sondern auch eine erhöhte Produktion gewährleisten. Auch wird eine Kommunalisierung auf dem Umwege des eigenen Regiebetriebes abgelehnt, sowie die Übertragung von Arbeiten und Leistungen (sowohl in eigene Regie genommenen Betrieben für Rechnung Dritter.
 - d) Eine einseitige Bevorzugung sogen. sozialisierter Betriebe (Produktionsgenossenschaften) bei der Vergütung von Arbeiten seitens des Staates oder der Gemeinde darf nicht erfolgen.
 - e) Der Reichsoberband des deutschen Handwerks empfiehlt den Handwerkern den genossenschaftlichen Zusammenschluß als ein Mittel, Betriebe zu schaffen, die eine Sozialisierung überflüssig machen. Genossenschaftlicher Zusammenschluß führt den einzelnen Betrieb und erweitert seine Leistungsfähigkeit, ohne daß diese Erfolge auf Kosten der Allgemeinheit erzielt werden.

In der Aussprache forderte das Mitglied des Reichsoberbandstages, Obermeister Eiser-Gustrich, daß möglichst viele Sicherungen in den Gesetzen für die Kommunalisierung hineingebracht werden möchten und daß die Handwerker sich auch politisch beteiligten, indem sie möglichst geschlossen und nachdrücklich gegen die Belastung der Stellung nehmen, die hinter dem reformierten Programm liege. (Beif. Beif.)

Reichstagsabg. Dr. Wlenbed-Hannover bezeichnete es als einen unzulässigen Widerspruch in der Sozialisierungsrede Fehrbach, daß er von der Sozialisierung eine Steigerung der Produktion erwarte, während die Tatsachen leider einen dauernden und anscheinend unaufhaltbaren Rückgang der Produktion bei den Staatsbetrieben zeigten. Deshalb sei es erforderlich, daß alle Fälle derungünstiger Sozialisierung alsbald bekannt gegeben würden, auch Fälle derungünstiger Kommunalisierung wie z. B. der eines mitteldeutschen Magistrats, der die Kommunalisierung der Sarggeschäfte beschloß und den tragenden Tischlermeistern erwidert habe, das sei auf Verlangen der Leidtragenden geschehen. (Heiterkeit.)

Der frühere Reichstagsabg. Dr. Erding führte dazu aus: Wo wir brauchen wir eigentlich eine Redenregierung in der Form der Sozialisierungskommission, nachdem wir den Reichsoberbandstagesrat haben? (Gehr richtig!) Sie muß unbedingt beseitigt werden. (Zuruf: Beif.)

Von anderer Seite wurde mitgeteilt, daß die Kommission ihre Arbeiten bereits abgeschlossen habe, worauf Reichstagsabg. Wlenbed erklärte, daß bei einer anderweitigen Zusammenfassung der Reichsregierung, insonderheit bei einem Wiedereintritt der Sozialdemokraten, die Kommission jederzeit wieder zusammenzutreten könne.

Ministerdirektor Dr. Hüttenhein: Der Wiederaufbau des Reichs ist ein langwieriges Werk, das sich nicht in ein paar Jahren erledigen läßt. (Zuruf: Verlängerte Resolutionseinstimmung!)

Darauf wurden die Leitsätze Dr. Crügers einstimmig angenommen.

Es folgte der Bericht des Generalsekretärs Dr. Reusch-Hannover über

„Die Neugestaltung der beruflichen Organisation des Handwerks und Gewerbes“.

Er führte aus: „Seit dem Jahre 1907 haben die deutschen Handwerker- und Gewerbetreibenden eine Neuorganisation des Handwerkes und Gewerbes betrieben. Der Reichsoberband wurde eine umfassende Debatte über diese Frage vorgelegt, auf deren Grundlage jahrelang mündliche Verhandlungen mit dem Ziele der Ausarbeitung einer Novelle zum Gesetze von 1897 geführt wurden. Diese Arbeiten wurden durch den Krieg unterbrochen.“

Unter den Einwirkungen der Kriegs- und Übergangswirtschaft hat sich das gestellte Problem außerordentlich vertieft, wobei die Zusammenhang mit der früher geplanten Regelung mehr und mehr zurückgeraten ist. Man ist sich darüber klar geworden, daß die vor dem Kriege für ausreichend gehaltenen Abänderungen und Ergänzungen des Gesetzes von 1897 heute nicht mehr ausreichen.

An der Zwischenzeit ist die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Neugestaltung der deutschen Wirtschaft zutage getreten. Durch den unglücklichen Ausgang des Krieges, durch die maßlos harten Friedensbedingungen ist unsere Wirtschaft eines Teiles der wichtigsten Produktionsmittel beraubt worden. Das zwingt gebieterisch dazu zum mindesten für die — ihrer Dauer nach noch völlig unabhäufigen — Zeit des Wiederaufbaues auf das sparsamste mit den vorhandenen Anlagemitteln hauszuhalten. Hinzu tritt die Notwendigkeit, für die neue Wirtschaftsführung Formen zu finden, die im Geiste der Verfassung des Deutschen Reichs die Gemeinschaftsarbeit von Unternehmern und Arbeitnehmern ermöglichen. Es liegen uns heute vor einer neuen Wirtschaftsordnung, deren letztes Ziel die Unterordnung aller schaffenden Stände und ihrer Glieder unter das Interesse der Volksgemeinschaft im Rahmen eines nationalen Wirtschaftssystems ist.

Mit diesem neuen Grundgesetze der Wirtschaft hat selbstverständlich jeder Vorschlag für die Neuordnung der beruflichen Organisation eines wirtschaftlichen Berufsstandes zu rechnen. Kein einzelner Berufsstand kann als isolierter Wirtschaftskörper betrachtet werden; er muß vielmehr auch bei seiner eigenen Organisationsform sich in den Rahmen der allgemeinen Wirtschaftsordnung einfügen. Das gilt vor besonders auch für die berufliche Reorganisation des deutschen Handwerks, hieraus ergibt sich die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Neuorganisation dieser Organisation und der Übertragung neuer Funktionen, die über die Zuständigkeit des alten Handwerkes weit hinausgehen.

Der Redner verbreitete sich hierauf über den Begriff der Gemeinwirtschaft und die Stellung des Reichsoberbandes hierzu. Er werde zunächst viel über die endliche Ausgestaltung der Wirtschaftsverfassung gesprochen, aber recht wenig tatsächlich aufzuführen (Sehr richtig!) Darunter leide naturgemäß die Idee der Gemeinwirtschaft als solche, die sich dementsprechend trotz ihrer Verfassungsmöglichkeit Begründung der ungetriebenen Zustimmung der Wirtschaftskreise erziele. Wie die Verhältnisse heute liegen, man daran verweisen, daß von der Gesamtheit des Reiches nicht die Aufgabe des Neubaus der deutschen Wirtschaftsverfassung überhaupt geleistet werden könne. (Sehr richtig!) Er sei nicht mehr der Ansicht, daß die Wirtschaft sich in sich selbst und aus sich selbst heraus neu aufbauen müsse. Hierin erblickt er nicht nur das Recht der Berufsvereinigungen, sondern eine ihrer wichtigsten Pflichten gegenüber der Volksgemeinschaft. Für die Neuordnung der beruflichen Organisation im Handwerk erziele sich die doppelte Aufgabe einmal den einheitlichen fachlichen Zusammenschluß der einzelnen Handwerksberufe sicher zu stellen, zum anderen die einzelnen fachlichen Berufsverbände des Handwerks zur beruflichen Selbstverwaltung zu veranlassen. Bei einer solchen Neuordnung müßte sich die berufliche Organisation des Handwerks im engen Zusammenhang mit der dem Aufbau der allgemeinen deutschen Wirtschaft anzuknüpfenden Verfassung.

Der Redner erörterte dann den fachlichen Aufbau des Handwerks im Sinne der bereits gefassten von uns mitgeteilten Beschlüsse und stellte in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen den Grundsatz der Pflichtzugehörigkeit. Ganz besonders bewies die Erfahrung, daß während der Nachkriegszeit das Handwerk in der Unterquantumwirtschaft gemacht worden seien, daß die berufliche Selbstverwaltung einfach ungenügend sei. (Sehr richtig!) Die Anerkennung der Pflichtzugehörigkeit sei die Grundlage für eine geschlossene fachliche Organisation des Handwerks. Nicht minder sei wichtig der Aufbau der fachlichen Organisation; er sei für die Möglichkeit der Entfaltung der lebendigen Kräfte des Berufs ein gemeinsamer Berufsberuf hinsichtlich ausschlaggebend. Ein notwendiger dezentralisierter Unterbau sei daneben nötig. Schließlich sei auch noch die Frage des Verhältnisses zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmern des Handwerks zu erörtern. Der Redner erläuterte die Lösung dieser Frage die Schaffung von Gesamtkammern als Berufsvertretung der Arbeitnehmer gegenüber den Handwerksbetreibern als Vertretung der Arbeitgeber. Letztes Endes deute die Regelung nichts anderes als den Ausbau der Gesamtkammern des Handwerks zu einer der neuzeitlichen Unternehmungsverhältnisse entsprechenden Vertretung der Arbeitnehmer.

Die im Sinne dieser Ausführungen des Redners gehaltenen Beschlüsse von gestern wurden im Anschluß an den mit lebhaftem Beifall aufgenommenen gedankenvollen Vortrag einstimmig angenommen.

Es folgte ein Referat des Obermeisters Tri-Erding über „Berufsausbildung im Handwerk“. Der Redner erklärte sich im Sinne der vorjährigen Beschlüsse des Reichsoberbandes zu dieser Frage mit einer geistlichen Neuorganisation einverstanden, protestierte jedoch mit großer Entschiedenheit gegen die fortwährend wüthende Einseitigkeit aller möglichen Anstalten in der Berufsausbildung, insbesondere in der Frage des Fortbildungsaufbaues. Die von ihm vorgelegten Leitsätze wurden dem Vorhause zu weiteren Beratungen überwiesen.

Der Vertreter des Reichsoberbandstages Dr. Hüttchen in Berlin teilte hierzu unter allseitigem Beifall mit, daß die herige, von dem Referenten als Mißstand bezeichnete Behauptung des Behelungswesens durch das Reichsoberbandstagesrat erledigt werden, durch die dieser Lage erfolgte Überweisung auch Behelungswesens an das Reichsoberbandstagesrat beseitigt sei.

Schließlich gelangte zum Thema: „Soziale Fürsorge für das deutsche Handwerk und Gewerbe“ nach den Ansprüchen des Obermeisters Reichsoberbandstages l. Wlenbed und des Syndikus Weber-Dresden nach folgende Entschliessung zur Annahme: „Der Reichsoberband des deutschen Handwerks lehnt die von dem Deutschen Gewerkschaftsbund geforderte Ausdehnung der Sozialversicherung auf die Kreise des Handwerks und deren Einbeziehung in die Ortskrankenkassen in Anbetracht des anders gearteten Verhältnisses der Arbeitsunfähigkeit, der anderweitigen Regelung der Beitragsleistung und vor allen Dingen wegen seiner wirtschaftlichen Selbständigkeit ab. — Er fordert das Recht der eigenen Berufsaussicht in eigenen Fürsorgeeinrichtungen.“

Auch diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Danach schloß der Vorsitzende, Obermeister Derken-Düffel, die Sitzung mit dem Hinweis darauf, daß der Reichstag des deutschen Handwerks von nun ab alljährlich zu gleicher Aussprache zusammenzutreten werde.

Letzte Meldungen.

□ Berlin, 13. Septbr. (Von unserem Berliner Büro.) Im Schillerpark zu Charlottenburg trafen gestern nahezu 200 Vertreter von Organisationen des Mittelstandes aus den verschiedensten Teilen des Reiches zusammen, um die Schaffung einer Reichsorganisation des Mittelstandes in der Wege zu leiten. Nach Referaten des Stadterobermeisters Bädermeister Diewitz-Charlottenburg und des Generalsekretärs Müller-Franken, die die Gründe für einen derartigen Zusammenschluß des deutschen Mittelstandes darlegten, wurde eine sehr lebhaft e Aussprache ein, in der allgemein die Wichtigkeit der Gründung einer wirtschaftspolitischen Partei des Mittelstandes anerkannt wurde. Die Meinungen gingen nur darüber auseinander, ob die neue Partei auch Beamtenangehörige und Angehörige der freien Berufe aufnehmen solle. Schließlich wurde mit 70 gegen 23 Stimmen ein Antrag Mecklenburgs angenommen, eine Partei ins Leben zu rufen, die die wirtschaftlichen und politischen Interessen des gesamten Mittelstandes, wobei aber zum Ausdruck gebracht wurde, daß die Aufnahme der großen Beamtenorganisationsbewegung als solche nicht bräuflich ist, um ein Fürdrängen gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes innerhalb der Partei durch Beamte und Angehörige zu verhindern. Die neue Partei soll den Namen „Wirtschaftspartei des deutschen Mittelstandes“ tragen.

neuen Vertreter nach einmal Rücksprache mit ihren Verbänden nehmen wollen. Man einigte sich auf die nachstehende Entschliessung: Nach vollziehter Aussprache und Befehl, einzig und allein die wirtschaftlichen Interessen der Schwärze in aller erster Linie zu fördern, leben wir die heutigen Beschlüssen der genannten Schwärzigenossen der Pfalz veranlasst, nachstehende Richtlinien zu akzeptieren und zum endgültigen Beschlusse zu erheben:

Sämtliche Kreisvereine der Pfalz, sowohl der Winzer als die der Berliner Richtung, schließen sich an allen Orten zu einem gemeinsamen Verein zusammen, bezw. in der Pfalz zu einem Verband. Die einzelnen Verpflichtungen der Vereine, den einen oder anderen Verband gegenüber, werden bis zum 1. Januar 1921 aufrecht erhalten. Sollte bis dahin eine Einigung der deutschen Verbände, die so dringliche Beteiligung, nicht zustande kommen, so müssen leider die Pfälzischen Schwärze-Vereine (bezw. ihr Verband) ihre eigene Wege gehen, bis eine zentrale Vereinigung für ganz Deutschland gegeben ist, bezw. aus dem Verband auscheiden, welcher den Einheitsverband vertritt.

Die Senkung der Preise.

X Eugen, 9. Sept. In einer Versammlung der Landwirte des Bezirks, die in Mählhausen abgehalten wurde, beschloß man, den Erzeugerpreis für den Doppelzentner Kartoffeln auf 40 bis 42 Mark festzusetzen.

B. Konstantz, 8. Sept. Nach mehreren Versammlungen, die die Produzenten und Bauernvereine in verschiedenen Orten abgehalten hatten, um Stellung zu der Verlegung des Kreises Konstantz mit Kartoffeln und Obst zu nehmen, erließ der Landeskommissar für den Kreis Konstantz und der Vorsitzende des Kreisbauvereins gemeinsam einen Aufruf an die Landwirte des Kreises, in welchem letztere gebeten wurden, sich zu vereinigen, um die Preise zu senken und erträgliche Preise festzusetzen, dann erst nach auswärts zu liefern. Damit sich alle, auch die Vermittler der Armen, mit Kartoffeln und Obst versorgen können... Bedenkt, was es heißt, wenn A. B. ein Doppelzentner Kartoffeln in Konstantz auf etwa 54 Mark zu haben kommt!... Erbauet Euch der armen Kinder, der hilflosen Frauen und Greise!... Sorgt für annehmbare Obst- und Kartoffelpreise, verlegt zuerst die nächstgelegenen Städte Singen, Rohlfeld und Konstantz, damit es wenigstens in Eurer Nähe diesen Winter ohne Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung abgeht!... Aber auch dieser Aufruf nützte nichts. Die Landwirte hielten am 4. ds. Mts. in Mählhausen beschloßen, an dem Beschluß der früheren Versammlung in Hilsingen festzuhalten und 42 Mark für den Doppelzentner Kartoffeln als Erzeugerpreis zu verlangen. Die Verbraucherorganisationen, Gewerkschaften usw. forderten einen Konsumentenpreis von 40 Mark für den Doppelzentner. Im Anschluß an die große Versammlung der Konsumenten und Produzenten in Rohlfeld am 1. September fand nach Schluß der Versammlung sofort eine Sitzung der Mitglieder der Kommission statt, die zu keinem Ergebnis führte. Die Obstfrage wurde gar nicht behandelt (die Landwirte verlangen 100 Mark und mehr für den Doppelzentner) und für die Kartoffellieferung machte Bürgermeister Dr. Dietrich-Konstantz einen Vermittlungsvorschlag auf einen Erzeugerpreis von 36 bis 38 Mark. Eine zweite Sitzung dieser Kommission fand am Montag wieder in Rohlfeld statt. Zu Beginn der Sitzung wurde von Bauer-Konstantz (Vertreter der Gewerkschaften) der Antrag auf Ausschluß der Presse gestellt (unmöglicherweise war die Vertreter der freien Stimme Rohlfeld), weil der Bericht der „Fr. St.“ über die Sitzung am 1. September nicht den Tatsachen entsprechen würde. Der Antrag wurde angenommen. (Der Bericht der „Fr. St.“ war etwas zugunsten der Produzenten gehalten.) Bürgermeister Dr. Dietrich-Konstantz teilte darauf mit, daß der Presse ein Bericht zugänge. Dieser Bericht wird aber von der Presse des Kreises Konstantz einmütig abgelehnt werden. Das fehlte gerade noch: die Landwirte verlangen hohe Preise, so hoch, daß sie von der Bevölkerung (Arbeiter, Angestellte, Beamte) nicht bezahlt werden können, und die Vertreter der Verbraucher beklagen die Presse ganz im allgemeinen, denn die Mehrzahl der Blätter am See, selbst die landwirtschaftlichen Zeitungen, vertritt die Preissteigerung der Landwirte. Die Verbraucher, die sich der Presse bedienen sollten, liefern so Wasser auf die Mühlen der Landwirte. — Bemerkenswert ist, daß es auch in dieser Versammlung zu keiner Verständigung im Obstpreis kam; lediglich im Kartoffelpreis waren die Vertreter bereit, für einen Preis von 38 Mark einzutreten. Ob für diesen Preis (Erzeugerpreis) nun oder auch geliefert wird, ist eine andere Frage. Die „Konstantz Nachrichten“, ein auf dem Lande weit verbreitetes Blatt (Zentrum), schreiben u. a. dazu: „Es ist tief bedauerlich, daß man in landwirtschaftlichen Kreisen nicht mehr Einsehen hat und sich auf die hohen, nur für einen kleinen Teil der Verbraucher erduldigen Preise vertritt.“ Auch „mangelndes Verständnis“ wird ihnen

unverblümt vorgeworfen. Der Kreis Konstantz muß nun überlegen, ob er Obst und Kartoffeln aus der Schweiz oder aus Oesterreich beziehen will, weil keine Bauern alten Bekanntnisses her sind.

Kommunales.

X Hornberg, 9. Sept. Der städtische Vorschlag für die 1921/22 Kart Ausgaben und 679 321 Kart Einnahmen war, jedoch ein ungeheurer Aufwand von 183 615 Kart verbleibt.

V Zweibrücken, 8. Sept. Der städtische Lebensmittel-ausschuß beschloß sich in seiner letzten Sitzung mit der Frage der Herbstkartoffelversorgung, die nach Aufhebung der Zwangsablieferung unter neuen Gesichtspunkten konstant geht. Wie der Vorsitzende, Bürgermeister Koenig, hierzu mitteilte, hat es wie in anderen Kommunalverbänden der Pfalz auch in Zweibrücken mit der Zuteilung der Herbstkartoffeln durchaus nicht geklappt. Jetzt leben hier noch rund 4000 Jtr. zur Verfügung, die keine Aushunger finden, obwohl das Pfand in den letzten Tagen 15 Pfennig kostete. Da diese Menge in Kürze überzugehen droht, muß sie nun nach Möglichkeit als Futter oder zur Verwendung für Viehzucht werden. Die Kartoffelverfügungsmittel der Pfalz wird von den vorhandenen Schäden herab gemacht werden. Zur Winterkartoffelversorgung machte Gewerkschaftsführer Wittmer bemerkenswerte Mitteilungen. Darnach ist beschloß, für die Industriearbeiter der Pfalz etwa 300 000 Zentner von reichsheinischen Bauern zu beziehen, wo die landwirtschaftlichen Organisationen den Zentner zu 10 Mk. zur Verfügung stellen. Jetzt sind Verhandlungen der präsidialen Betriebsräte in dieser Angelegenheit statt, die finanzielle Frage wird mit Hilfe der Industriellen gelöst werden, auch das bayerische Landwirtschaftsministerium hat seine Mitarbeit zugesagt. Im übrigen übernehmen Organisationen, Bauernvereinigungen usw. die Versorgung ihrer Mitglieder an Hand von Preisunterstützungen. Der kommunalverband soll nur insoweit an der Beschaffung teilnehmen, als er eine Reserve von mehreren 1000 Zentnern für solche Einnahmen aufbewahrt, die nicht die nötige Anzahl oder Lagerplätze besitzen. Von landwirtschaftlicher Seite wurde in der Erörterung mitgeteilt, daß die Kartoffelversorgung sich im Herbst bedeutend günstiger gestalten werde als in den Vorjahren. Die Verbrauchermittel der Ausschüsse erlaubten die Vertreter der Erzeuger dahin zu wirken, daß diese im eigenen Interesse die Preise denen ihrer reichsheinischen Kollegen einigermassen anpassen; von den reichsheinischen kommenden Kartoffeln werden auf Wunsch landwirtsch. an die pfälzischen Landwirte zur Verbesserung der Anbauverhältnisse abgegeben.

Aus dem Lande.

S. Schwelgen, 10. Sept. Kreisbaumwart Georg Raß von Ostersheim ist älter- und krankheitsbedingt aus seinem Dienstverhältnis ausgeschieden. Mit Gründung des Kreisbaumwartamtes war Raß als einer der ersten Kreisbaumwarte Badens am 1. März 1883 in den Dienst des Kreisverbandes Mannheim getreten. Im ruhmreichen und nicht ruhenden, nur seinem Beruf lebend, hat er in langen, 33 Dienstjahren treu und gewissenhaft eine lehrreiche Tätigkeit entfaltet. Bei Sonnenschein und Regen, bei Wind und Wetter, immer konnte man ihn in seinem Beruf bei unermüdlicher Arbeit antreffen. Fast all die schönen Obstplantagen in unserer Umgegend sind unter seiner Anleitung und Mitwirkung entstanden und gepflegt worden. Dank seiner Wirksamkeit hat die Obstkultur im Kreis Mannheim erhebliche Fortschritte und Erfolge aufzuweisen. Die Kreisverwaltung Mannheim ließ Herrn Kreisbaumwart Raß in seiner Behausung durch eine Abordnung, bestehend aus den Herren Aldürgermeister Ding aus Ebingen und Kreisobstinspektor Blatter aus Badenweiler, ein Dank- und Anerkennungsschreiben mit einer Ehrengabe gestern nachmittag überreichen.

Freiburg, 10. Sept.

Der Schlichtungsausschuß hat den Antrag des Personals des hiesigen Stadttheaters auf Zahlung einer Beschaffungsbeihilfe abgelehnt, da ein rechtlicher Anspruch nicht bestehe und der Theaterdirektor selbst nicht in der Lage sei, die gewünschten Beträge zu bezahlen. Dagegen bestimme der Schlichtungsausschuß, es sei eine soziale Pflicht der Stadt Freiburg, dem Theaterpersonal für die zwei Sommermonate, in denen es fast ohne Einnahme ist, eine nachträgliche Beihilfe zu gewähren.

Heidelberg, 11. Sept. Hier hat ein junger Bürogehilfe einen Schwundel mit einer Lebensversicherung gemacht. Er gab eine Anzeige unter Offertennummer aus, in der ein größeres Werk in der Nähe Heidelbergers schriftliche Heimerbeit gegen Einzahlung von 5 Mark für Material und Unterlagen anbot. Er erhielt 33 Briefe mit je 5 Mark, hatte aber keinerlei Heimerbeit zu verzeichnen; es war ihm nur um die Erlangung des von den Nachfragenden einzuwendenden Geldes zu tun. Es gelang, ihn als Kaskader der Anzeige zu ermitteln. Die Sache wurde der Staatsanwaltschaft übergeben.

Weinheim, 10. Sept.

In einer von Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen hier beschickten Protestversammlung gegen das neue Kriegsvorgangsgesetz wurde beschloßen, nachstehendes Telegramm an die Reichsregierung zu senden: Die heute in Weinheim versammelten Kriegsbeschädigten und Kriegs-

hinterbliebenen fordern von der Reichsregierung Bewilligung des von Kriegsblinde gestellten Forderungen. Ortsgruppe Weinheim.

X Coth, 12. Sept. Auf dem Dinglinger Grogierplatz landeten zwei französische Flugzeuge, deren fünf Insassen, dem Bezirksamt vorgeführt, sich legitimieren konnten, deutliches Gebiet überfliegen zu dürfen. Beide Flugzeuge wurden bei der Landung ziemlich stark beschädigt. Drei Flieger reisten alsbald wieder nach Frankreich ab, die beiden anderen übernachteten in Dinglingen. Bei ihrer Vernehmung sollen sie lt. „Vahrer Jhr.“ angegeben haben, sie hätten den Auftrag gehabt, Post nach der Schweiz zu befördern. Ein drittes französisches Flugzeug flog gegen Westfalen.

X Ringsheim b. Coth, 11. Sept. Eine hiesige Witwe, Mutter von vier Kindern, wurde auf der Dorfstraße von einem Radfahrer überfahren und erlitt, da die Frau einen Schädelbruch davontrug, sofort den Tod.

X Emmendingen, 12. Sept. Auf dem Gelände der Heil- und Pflegeanstalt wurden, wie die „Freiburger Zeitung“ mitteilt, von einem Feldhüter zwei Obstdiebe betroffen, die zwei Säcke mit Äpfeln zum Wegschleppen bereitgestellt hatten. Während der eine dem Feldhüter das Gewehr zu entreißen versuchte, gab der andere Schuß aus einem Revolver auf den Feldhüter ab, ohne ihn zu treffen. Wie sich herausstellte, ist der Revolvereigige ein früherer Schumann aus Emmendingen, der seinerzeit einen Elektrotechniker aus Mannheim durch einen Schuß tödlich verletz, wofür er vom Freiburger Schwurgericht zu 1 Jahre Gefängnis verurteilt wurde.

X Freiburg, 10. Sept. Wie die „Freie. Jhr.“ erfährt, hat der hies. Oberförster Fieser die bobische Landesgrenzbehörde in Karlsruhe als vorgehender Behörde ersucht, bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag wegen Verletzung zu stellen, weil ihm vom Gewerkschaftsrat Freiburg u. von der sog. Bürgerauschulung der Formur angelegentlich Handels gemacht worden war. — Die Regierung Freiburg hat an zuständiger Stelle den Antrag gestellt, an den fleischlosen Wochentagen (Dienstag und Freitag) nach einem dritten Tag zu bestimmen, an dem der Verkauf von Fleischwaren in den Restaurants und die Abgabe von Fleisch in Gasthäusern und Delikatessengeschäften untersagt wird. Zur Begründung wird ausgeführt, daß die immer schmerzlicher werdende Bekämpfung von Schlachtvieh einen dritten fleischlosen Tag notwendig mache.

X Bruch, 10. Sept. Seit Juli 1919 sind auf Veranlassung des hiesigen Bezirksamts über 100 Personen wegen Schieberer aus dem Bezirk Bruch ausgewiesen worden.

Pfalz, Hessen und Umgebung.

p. Delbelsheim, 12. Sept. Reichsrat von Buhl hat den 30 Jahre alten verheirateten Freiherren Enock von Gutterberg adoptiert. Die Buhlschen Güter werden wohl auf den Wobolsch, der selbst in Unterfranken reich begütert ist, übergehen.

Sp. Worms, 10. Sept. Die schwedischen Inlandsküste haben sich in dieser Woche in bedauerlichem Maße gehäuft. Verbleib im Anfang der Woche in der Arbeiter Brand durch einen Sturm von einem 5 Meter hohen Meeresspiegel schwer verletzt worden. — Der Arbeiter Paul Vogel, der zwischen dem Aufzug kam und dem die Wirbelsäule durchschlug in Städt. gerichtet wurde ist heute gestorben. — Rummel und wiederum drei Arbeiter verunglückt, die bei der Firma Böhler u. Reinhardt beschäftigt sind. Sie stürzten alle drei in eine Bergalgrube. Obwohl reichliche Hilfe zur Stelle war und die Leute aus ihrer gefährlichen Lage befreit wurden, hatte der eine Arbeiter bereits eine gefährliche Vergiftung erlitten und mußte ins hies. Krankenhaus gebracht werden. Sein Zustand ist bedenklich. Die beiden anderen Arbeiter haben anscheinend die gefährliche Rutschpartie in der Bergalgrube gut überstanden. — Von einem schweren Unglücksfall wurde der Arbeiter Ferdinand Bach aus Duppelheim an der Bergstraße betroffen. In der hiesigen Lederfabrik Marx-Künster geriet er in die Transmissionsriemen, wurde in gewaltigen Bogen herumgeschleudert und ihm in dieser gefährlichen Situation die Glieder einzeln zerhackt. Er hat das rechte Bein mehrere Mal gebrochen. Auf der linken Seite hat er einen Beinbruch. Der rechte Arm ist zweimal gebrochen und sonstige Verletzungen hat er noch am ganzen Körper. Er wurde in das hiesige Krankenhaus gebracht.

h. Darmstadt, 8. Sept. Die viel umstrittene Frage des Auswärtswohnens von Beamten wird von einem Regierungs-erlass berührt. Danach ist das Wohnen außerhalb des Dienstortes den Beamten nur insoweit gestattet, als es sich mit den dienstlichen Interessen vereinbaren läßt und entweder der örtlichen Gewohnheiten entspricht oder zwingende Gründe dafür geltend gemacht werden können. Die Regierung behält sich indessen vor, einen bestimmten Umkreis um die Dienststellen festzusetzen, innerhalb dessen die Beamten ihren Wohnsitz nehmen müssen. In Zweifelsfällen soll auch der Beamtenauschuß vor der Entscheidung gehört werden.

Sichtszeitung.

Heidelberg, 12. Sept. Der große Jumbendiebstahl im Hotel Viktoria, über den wir vor einigen Wochen berichteten, fand jetzt nach Spiel der vor Strafkammer. Es handelte sich um die Entwendung von Juwelen im Wert von 210 000 M., die einer Holländerin gehörten. Der eigentliche Dieb, der aus Stuttgart stammende Hotelkellner Richard Schaubert, erhielt eine Gefängnisstrafe von 1 Jahr. Die vier Helfer und Helferinnen, unter ihnen ein Bruder Schauberts, belamen Strafen von 2 bis 6 Monaten. Jedem Wochen Untersuchungshaft werden den dazwischen noch recht erheblichen Ungelegenheiten angedroht.

X Karlsruhe, 10. Sept. Das Wurgergericht verurteilte den hiesigen Buchhalter Bernhard Ziesler, der 2000 Schilling zum Preise von 720 000 Mark erwarb und sie, nachdem sie mehrmals den Besitzer gewechselt hatten, für 840 000 Mark nach der Pfalz gingen, wegen Kettenhandels, Preisverhörs und zu zwei Monaten Gefängnis und 20 000 Mark Geldstrafe. Mit mehreren Angeklagten, die ebenfalls verurteilt wurden, hat er kollaboriert den übermäßigen Gewinn von 80 500 Mark zu begreifen.

X Freiburg, 11. Sept. Eine vierköpfige Viehdiebesbande wurde von der hiesigen Strafkammer für einige Zeit unerschütterlich gemacht. Die Diebe hatten eine größere Zahl nächtlicher Diebstähle im Kreis Freiburg ausgeführt und dabei die Tiere in der Nähe des Stalles abgeschlachtet und die wertvollen Fleischstücke weggeschafft. Der Anführer der Bande, der Schlossermeister Emil Jassfeld, erhielt 3 1/2 Jahre Gefängnis, von den übrigen der Wächlermeister Rechnerer Paul Fleiner aus Wühl 2 1/2 Jahre Gefängnis, während die beiden übrigen je 1 Jahr und mehrere Monate Gefängnis erhielten.

Theaternachricht.

Wegen plötzlicher Erkrankung von Vere Buch wird heute Montag anstatt „Wie es euch gefällt“ der „Sturm“ gegeben.

Badische Kunstnachrichten.

Während der „Schönen Woche“ finden folgende Veranstaltungen statt: Im Landestheater Hermann Wurres neues 4-aktiges Schauspiel „Arbed“ am 15. September, im Kammertheater des Künstlerhauses die beiden Schauspiele „Abschied auf Olympe“ von Edwin Pratin und „Jephthas Tochter“ von Ferdinand Ruch am 23. September.

Hochschulsachrichten.

Der a. o. Professor an der Universität Rostock Dr. Georg Bießling hat einen Ruf als Direktor des zoologischen Instituts der Universität Heidelberg als Nachfolger des verstorbenen Professors Krens erhalten. Die Entschloßung über die Annahme des Rufes steht noch aus. Prof. Bießling, der erst kürzlich Berufung nach Gena und Hamburg abgelehnt hat, ist aus Freiburg i. B. gebürtig.

Vermischtes.

Neue Ergebnisse der Krebsforschung. Die jüngsten Arbeiten zur Erforschung des Krebses, die im Kaiser-Wilhelm-Institut angestellt worden sind, sollen nach den Mitteilungen französischer Wissenschaftler die Hoffnung nahe rufen, daß die Heilung und sogar eine vorbeugende Behandlung des Krebses in absehbarer Zeit möglich sein wird. Der russische Physiologe Korotkewitsch hat entdeckt, daß sich der Zustand der Tiere, die an Krebsgeschwüren leiden, außerordentlich schnell verschlechtert, wenn ihnen die Schilddrüse oder Milz entfernt wird. Wird aber den Tieren ein Präparat aus der Schilddrüse oder Milz eingespritzt, so hören die Krebswucherungen fast unmittelbar danach auf, sich weiter zu entwickeln. Wertwüdigerweise scheinen geringe Dosen des Präparates wirksamer zu sein als große. Weitere Versuche an Mäusen hat Korotkewitsch mit einem Serum angestellt, das aus besonders behandeltem Krebsgewebe besteht; es ergab sich dabei, daß die Tiere in jedem Fall starben, wenn sie nicht mit dem Serum behandelt wurden, während bei 80 Prozent der mit dem Serum behandelten Tiere eine Besserung eintrat.

Wie man Blumen monatelang frisch erhält. Die Blumenprobe des Gartens, die jetzt im Herbst noch einmal in strahlender Leuchtkraft zur Entfaltung mahnt, mahnt uns zugleich daran, daß diese Herrlichkeiten bald vergehen müssen, und erweist den Wunsch, wenigstens etwas von diesem Glanz auch in die dunklen kalten Wintermonate hindüberzuerhalten. In einem englischen Fachblatt werden einige Mittel für die Erhaltung abgetrockneter Blumen angegeben. Zunächst muß man die Blumen schneiden, wenn keine Sonne im Garten ist, sie dann sorgsam in Quenmilchwasser tauchen und sie dann trocknen lassen. Die Farbe und Form der Blumen kann auf diese Weise lange bewahrt werden, doch ist mit diesem letzten Sammelverfahren immerhin etwas Künstliches verbunden. Eine andere Methode ist natürlich und einfacher. Man wählt zum die schönsten und festesten Knospen aus, schneidet sie möglichst

Von vielen Reifen,

die angeboten werden, wird bestimmt einer Sie nicht enttäuschen — dafür bürgt sein Name —

Continental

Reifen

Für Kraftwagen ideale Bereifung mit der abnehmbaren Original-Felge Continental

E 75

